

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen David Ellensohn (GRÜNE), Mag. Barbara Huemer (GRÜNE) und Mag. Berivan Aslan (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Soziales, Gesundheit und Sport (GGS)) für den Gemeinderat am 16.12.2025 - 17.12.2025.

Rücknahme sämtlicher Verschärfungen der Mindestsicherung

Die Mindestsicherung hat als subsidiäres Netz die Aufgabe, Menschen vor der Verarmung zu schützen. Die jüngsten Verschärfungen in der Mindestsicherung haben zu spürbaren sozialen und wirtschaftlichen Härten für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen geführt. Diese Maßnahmen verfehlen ihr Ziel, Menschen vor Verarmung zu schützen, und tragen stattdessen zu einer massiven Belastung für Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, chronisch Kranken, jungen Menschen und Geflüchteten bei. Die Ungleichheit wird weiter verschärft.

Menschen, die nicht wissen, wie sie die Wohnung warm halten sollen. Menschen mit schweren Behinderungen und subsidiär Schutzberechtigte, die sich ab 1.1. ihre Wohnung nicht mehr leisten können. Davon betroffen sind 3.000 Kinder. Menschen, die sich überlegen, wie oft sie ihr schwer krankes Kind waschen können, weil die Energiepreise durch die Decke gehen, aber das Einkommen sinkt. Diese Entwicklungen sind sozialpolitisch unverantwortlich.

Auch soziale Organisationen schlagen Alarm: Sie sehen sich angesichts der geplanten Einschnitte vor Aufgaben, die sie weder finanziell noch organisatorisch bewältigen können - weniger Ressourcen für die Menschen, weniger Ressourcen

für die Organisationen selbst. Die neue Mindestsicherung ist ein sozialer Kahlschlag. In Zeiten multipler Krisen und massiv steigender Lebenshaltungskosten ist es trotz der Notwendigkeit, das Budget zu sanieren, besonders unverantwortlich, ausgerechnet bei denjenigen zu sparen, die am meisten auf Unterstützung angewiesen sind.

Bereits jetzt ist jedes dritte Kind in Wien armutsgefährdet. Die Einschnitte in der Mindestsicherung werden die Verarmung von Kindern weiter verstärken. Dabei zeigt die Kinderarmutsforschung eindeutig, dass Armut gravierende Auswirkungen auf Gesundheit, Bildungschancen, soziale Teilhabe und die gesamte Entwicklung von Kindern hat. Armut wirkt transgenerativ: Sie zementiert Benachteiligung über Generationen und schränkt Lebensperspektiven dauerhaft ein. Kein Kind in Wien darf in Armut aufwachsen.

In den aktuell schwierigen Zeiten ist es nicht vertretbar, ausgerechnet bei jenen zu sparen, die am dringendsten Unterstützung benötigen. Ein starker Sozialstaat schützt nicht nur die Ärmsten, sondern sichert gesellschaftlichen Zusammenhalt und verringert Abstiegsrisiken für breite Bevölkerungsgruppen. Sozialleistungen wirken nachweislich armutspräventiv und sind ein unverzichtbarer Beitrag zur sozialen Stabilität.

Die Rücknahme der Verschärfungen in der Mindestsicherung ist daher dringend notwendig, um die Existenz und Würde tausender Menschen zu sichern und langfristige soziale Schäden abzuwenden.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich dafür aus, dass die unlängst im Wiener Landtag beschlossenen Verschärfungen der Mindestsicherung zurückgenommen werden, um armutsbetroffene Menschen vor der Verarmung zu schützen und die Mindestsicherung ihre Schutzfunktion vor Armut weiter erfüllen kann.

Der Gemeinderat der Stadt Wien ersucht den amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport als zuständiges Mitglied der Wiener Landesregierung die Ausarbeitung einer diesbezüglichen Novelle des Wiener Mindestsicherungsgesetzes in Auftrag zu geben.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 17.12.2025

